**Von Kneipp, Kurtaxe und Kultur am Kiosk**

**Peter Groß (PeG) für das Forum Langenargen und Gastgeber Uhldingen-Mühlhofen e.V. 21.05.2018**

Das Lachen ist inzwischen vielen Gemeinderäten, dem Bürgermeister Achim Krafft und seiner Entourage im Halse stecken geblieben. Die Schmutzkampagnen gegen das Forum Langenargen, engagierte Bürger\*innen und andere Freigeister brachten keinen Erfolg. Vernunft, Faktenwissen und Mut haben sich durchgesetzt. Von Langenargen bis Radolfzell sind Vereinigungen herangewachsen, die begannen kommunalpolitische Ziele zum Wohle der Städte und Gemeinden zu verfolgen.

Wie schnell die Kapriolen der Deutschen Bodensee Tourismus GmbH (DBT) ins finanzielle Aus führen, wurde deutlich, als: „Bis zu 700.000 Euro an die Partnerin der DBT, GEIOS, geflossen sind, und was aus diesen Steuergeldern wird, derzeit in den Sternen steht.“ (Echt-Bodensee-Card vor dem Ende. Schwäbische Zeitung, 13.11.2017). Und wieder gab es 2017 mindestens 576.000 Tsd. Euro an Verlusten.

Einst belebte das Überlinger Mineralwasser ebenso wie Kur- und Klinikbetriebe, den Fremdenverkehr. Schatten spendende Bäume, Seepromenaden, ein Kneippbecken hier, ein Kräutergarten, eine Streuobstwiese oder Wasserspender dort, sowie ein gemütliches Gasthaus in der Nachbarschaft komplettierten das „kleine Glück“ für die Gäste. Bevor in manchen Orten die Kurtaxe zur zweiten Zimmermiete und damit für Familien unbezahlbar wurde. Die EBC hat den Gemeinden kein Glück gebracht. Nun versucht man sich in der Ämterlandschaft von Landratsamt, Tourist Information (TI) bis Rathaus mit dem Gedanken an kostspielige Toilettenhäuschen und Kioske für den eiligen Gast. Wieder Projekte, die mit der „heißen Nadel“ gestrickt sind. In Langenargen ebenso, wie in Uhldingen-Mühlhofen.

Beim Kiosk gibt es einiges zu beachten. Der Edelkiosk für den schnellen Flirt an der Promenade eignet sich nur für ein Gläschen Prosecco und edle Häppchen. Das erwirtschaftet in einer Saison nicht einmal den Aufwand für die Pacht, geschweige denn den Lohn für das Personal. Die vom Erfolg gekrönte Variante bedeutet den Verkaufsstand für Getränke, Süßwaren oder Dinge des sofortigen Gebrauchs. Internationale Tageszeitungen, galante Herrenmagazine, belegte Brötchen, Postannahmestelle für mehrfach Beschäftigte und Kühlschrank außer Haus. Spätöffnungszeiten - nachdem der letzte Zug fuhr und bevor der erste Bus fährt. Man ist immer willkommen an dem geselligsten Ort, den man sich vorstellen kann. Ein Ort ohne Videokameras, für nachbarschaftliches Nebeneinander von AfD und SPD, weil es den solidarischen Zusammenhalt braucht gegen die da Oben. Ein Ort der unzerstörbar ist, wo man immer einen Kumpel findet für einen Schluck aus der letzten Schnapsflasche. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Bürgermeister und Gemeinderäte so einen Kiosk an einem so privilegierten, öffentlichen Ort erlauben, der auch noch eine Toilette erfordert, in der man die berühmte „Stange Wasser in die Ecke stellen“ kann. So ein Kiosk eignet sich nicht für Freundschaftsdienste des Bürgermeisters. Für einen Hafenmeister oder Vereinskameraden.

Es bedarf oft der Altersweisheit und politischer Weitsicht, um Fehlentwicklungen zu verhindern. Viele Dinge haben eine Tragweite die gründlich und aus verschiedenen Perspektiven zu betrachteten ist. So ein Kiosk kann negative Begleiterscheinungen mit sich bringen, weil er wegen längerer Ladenöffnungszeiten der Supermärkte, Tankstellen – Shops u.a. um seine betriebswirtschaftliche Daseinsberechtigung kämpfen muss. Das hauptsächliche Problem ist, dass die Gemeinde als Urzelle der menschlichen Gemeinschaft in der Kreis-, Landes- und Bundespolitik zu wenig Gehör findet. Es wird von Oben angeordnet, ob EBC, e-Meldeschein, Netzgehege und e-Ticket für den ÖPNV, öffentliches WC zum Preis eines Einfamilienhauses. Die Rechnung, für alle Fehlentwicklungen, bekommt immer der Bürger und zwar in Form von Gebührenordnungen, zusätzlich zu Steuer und Sozialabgaben.

Bald geht es darum, einen Gemeinderat als tatsächliche Bürger\*innenvertretung zu bilden, der freie Entscheidungen ermöglicht. Erfüllungsgehilfen einer Parteidoktrin werden nicht benötigt. Das Recht der Nachfrage in Gemeindeversammlungen war schon oft der erste Schritt, Gemeinderäte zur Folgenabschätzung anzuregen und vor Fehlentscheidungen zu bewahren. Viele Bürger\*innen nehmen sich schon das Recht heraus, Behörden oder Mitglieder des Kreis-, Land- oder Bundestags „in die Pflicht“ zu nehmen und wenn das keinen Erfolg zeigte, die Gerichte anzurufen. Es ist immer wieder enttäuschend, dass man mit Partei hörigen Mitgliedern des Kreis-, Land- oder Bundestages, die meistens über eine Lobbyliste in die Stellung des Volksvertreters gelangten, nur noch schwer oder gar nicht ins Gespräch kommt. Es kann in dem Zusammenhang nicht schaden, eine Wahlentscheidung zu prüfen, wenn man zu denen gehörte, die der AfD – Politikerin Alice Weidel in den Sattel geholfen haben und nun feststellen, wie sehr sie dem Kreis und der Stadt Überlingen schadet. Eine Wortmeldung von Bürgermeister und Gemeinderäten, zu den rechtspopulistischen Eskapaden der Bundestagsabgeordneten, könnten dem Touristenmagneten am Bodensee helfen, wenigstens den Anschein einer demokratischen Grundhaltung aufrecht zu halten. Da machen neue Initiativen Mut.

Ob BüB+, BRD Bürgerbündnis RADOLFZELL für Demokratie, Forum Langenargen, Gastgeber Uhldingen – Mühlhofen e.V. In den 23 Städten und Kreisgemeinden erweisen sich Bürgervereinigungen zunehmend als starke, selbstbewusste Partner vor Ort mit Fachkenntnissen aus allen Wissensgebieten. Gewählt werden kann man mit 18 Jahren und bis …???. Schäuble ist ja auch nicht mehr der Jüngste. Viele werden erst in späteren Lebensjahren klug. Unsere Hoffnung ist: Sag es mit Mut !

Ja, ich will. Denn Du bist wertvoll und eine starke Gemeinschaft aus der Mitte der Gesellschaft wird Dich begleiten.